

H7 Bundesweites Erasmus-Restplatzvergabesystem

Gremium: LV Nordrhein-Westfalen

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 ADRESSAT: Deutsch-Akademischer-Austauschdienst (DAAD)
- 2 Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fordert die Einführung eines
- 3 bundesweiten, hochschulübergreifenden Restplatzvergabesystem für Erasmus+,
- 4 welches
- 5 insbesondere eine zentrale digitale Plattform zur (Rest-)Platzvergabe,
- 6 einheitliche Fristen und geregelte Zuständigkeiten für Learning Agreements sowie
- 7 eine verbindliche Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen umfasst.

Begründung

- 8 Sowohl die EU als auch die Bundesregierung haben sich im Rahmen der Bologna-
- 9 Ziele und
- 10 des Europäischen Bildungsraums das Ziel gesetzt, die Mobilitätsrate deutlich zu
- 11 erhöhen. Programme wie Erasmus+ ermöglichen Studenten wertvolle akademische,
- 12 sprachliche und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Gleichzeitig leisten
- 13 sie einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration und zur internationalen
- 14 Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulstandorts. Trotz der hohen
- 15 politischen und gesellschaftlichen Relevanz von Auslandsaufenthalten bleiben
- 16 jedes Jahr zahlreiche Erasmus-Plätze an deutschen Hochschulen ungenutzt. Dies
- 17 liegt oftmals nicht an mangelndem Interesse der Studierenden, sondern unter
- 18 anderem an mangelnder Flexibilität oder schlicht einem ungleichmäßigen
- 19 Nachfrage-Angebot-Verhältnis zwischen den Hochschulen. Dies verhindert die
- 20 optimale Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten.
- 21 Ein hochschulübergreifendes Restplatzverfahren würde dazu beitragen, die
- 22 bestehenden
- 23 Ressourcen effizienter zu nutzen und mehr Studenten Zugang zu
- 24 Auslandsstudienaufenthalten zu ermöglichen – auch unabhängig von ihrer
- 25 Heimathochschule. Ein digitales, bundesweites System zur Erfassung und Vergabe
- 26 ungenutzter Austauschplätze kann diese Lücke schließen.
- 27 So würden auch Studenten kleinerer Hochschulen oder aus stark nachgefragten
- 28 Studiengängen neue Chancen erhalten. Umgesetzt werden sollte das neue Verfahren
- 29 durch klare Regelungen zur Anerkennung von Leistungen, auch bei
- 30 hochschulübergreifender Vermittlung. Hier könnten landesweite Standards für
- 31 Learning Agreements sowie digitale Schnittstellen zwischen den Hochschulen
- 32 etabliert werden. Das erhöht die Planungssicherheit für Studenten und senkt
- 33 Hürden für Lehrstühle und Prüfungsämter. Ein solches Verfahren braucht klare
- 34 Fristen, transparente Zuständigkeiten und eine rechtssichere Regelung zur
- 35 Anerkennung der im Ausland erbrachten Studienleistungen – auch bei
- 36 hochschulübergreifender Vermittlung. Dies lässt sich durch ein bundesweites
- 37 Kooperationsabkommen zwischen den Hochschulen und eine zentrale Plattform
- 38 (Moveon) realisieren.